

Interview mit Dolkun Isa, Präsident des Weltkongresses der Uiguren - München, 14. Juli 2020

“Es gibt keine echte Autonomie weder in Ostturkestan noch in China insgesamt.”

Ostturkestan, das Land der Uiguren im äußersten Westen der heutigen Volksrepublik China, bezeichnen die Chinesen mit „Xinjiang“. Die Rote Armee hat dieses riesige Gebiet 1949 besetzt, die Volksrepublik China hat es gleich annektiert ohne Rücksicht auf das Recht auf Selbstbestimmung der Uiguren und anderer Volksgruppen. 1955 begründete China die „Xinjiang Uigurische Autonome Region“ (XUAR), bis heute eine der fünf autonomen Regionen Chinas. Doch nur für kurze Zeit waren den Uiguren und anderen ethnischen Minderheiten Ostturkestans Schutz von Sprache und Kultur und begrenzte politische Mitbestimmungsrechte vergönnt.

Seit den 1990er Jahren hat China die Verfolgung und Unterdrückung der Uiguren in verschiedenster Weise in vielen Bereichen laufend verschärft. Wiederholt wurden friedliche Demonstrationen und Protestkundgebungen gewaltsam aufgelöst. Dies gipfelte im Massaker von Urumqi vom 5. Juli 2009, als Tausende von uigurischen Demonstranten getötet, verletzt und verhaftet wurden und dann verschwanden. Urumqi 2009 war der definitive Wendepunkt der chinesischen Politik hin zur systematischen Repression jeder Art von politischem Protest und Widerstand der Uiguren. Die auf dem Papier bestehende Gleichberechtigung der Uiguren wurde abgebaut, die Zuwanderung von Han-Chinesen vorangetrieben. Seit 2017 befindet sich mehr als eine Million Uiguren und Angehörige von anderen Turkvölkern dieser Region in Hunderten von Umerziehungslagern in Xinjiang. Dort werden sie politisch indoktriniert, sollen ihrer Religion und Kultur abschwören, müssen Chinesisch lernen, werden oft misshandelt und gefoltert. Mit dem Vorwand, „religiösen Extremismus“ zu bekämpfen, hat Chinas Regierung die muslimische Bevölkerung Ostturkestans kollektiv zu Staatsfeinden gestempelt und unterwirft sie systematischer Polizeiüberwachung. Am 14.7.2020 sprachen wir mit dem Präsidenten des Weltkongresses der Uiguren (WUC), Dolkun Isa, am Hauptsitz des WUC in München (gekürzte Version).

POLITIS: Laut einem Report der Uigurin Abdulaheb, die die Verbreitung der sog. „China Cables“ über Chinas Strategie in Ostturkestan ermöglicht hat, werden in dieser Region Internierungslager betrieben. Was hat es damit auf sich?

Dolkun Isa: Diese Augenzeugenberichte bestätigen die schlimmen Zustände. Die Lage ist aber von Lager zu Lager unterschiedlich, denn es gibt in ganz Ostturkestan an die tausend davon. In einigen dieser Lager werden 20-30 Menschen in einem Raum zusammengepfercht mit einer einzigen Toilette für alle. Geschlafen wird auf dem Betonboden. Die Hygiene ist miserabel, die Verpflegung unzureichend. Die Lagerbewohner werden zur Arbeit gezwungen, viele sterben wegen fehlender medizinischer Versorgung. Geständnissen werden erpresst, um Fehlverhalten zuzugeben und Besserung zu geloben. Doch die meisten von ihnen wissen gar nicht, warum sie in diesen Lagern interniert werden. Private Besuche dürfen höchstens 20 Minuten dauern, jeder Telefonanruf wird aufgezeichnet.

Was geht in Ostturkestan heute politisch vor sich?

Dolkun Isa: Nicht nur diese Lager sind ein Problem, sondern die Menschenrechte in der gesamten Region. Ostturkestan ist heute ein Freiluftgefängnis für über 10 Millionen

Menschen. Hier ist ein Polizei- und Überwachungsstaat eingerichtet worden, der weltweit seinesgleichen sucht. Die Menschen werden auf höchstem technologischem Niveau überwacht, nicht nur mit Tausenden von Videokameras und Polizei-Checkpoints. Auch Mobilfunk und Internet, soziale und sonstige Medien werden systematisch kontrolliert. Das neueste Überwachungsinstrument sind die Gesichtserkennungskameras, die nicht nur die Identität, sondern auch den emotionalen Zustand einer Person erfassen können. Ostturkestan wird als Testgelände für neue Überwachungsmethoden genutzt, die später in Drittländern exportiert werden sollen. In Tibet ist seit 2011 ein feinmaschiges Netz an Polize checkpoints eingerichtet worden. Dasselbe wird derzeit in Ostturkestan aufgebaut. Allein in Urumchi hat der regionale Chef der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), Chen Quanguo, 960 solcher Checkpoints aufstellen lassen. Zudem müssen sich alle Bürger eine spezielle App herunterladen, um ihren Aufenthaltsort ständig nachverfolgen zu können.

Nun zur Autonomie von Ostturkestan. Die chinesische Verfassung von 1982, das Gesetz zur regionalen nationalen Autonomie von 1984 und das Umsetzungsgesetz zur Regionalen Autonomie von 2005 haben nach chinesischem Recht eine Territorialautonomie begründet. Setzt China setzt dieses Recht tatsächlich um?

Dolkun Isa: Tatsächlich müssen die von den Regionalen Volkskongressen der Autonomen Regionen verabschiedeten Gesetze von der chinesischen Regierung gegengezeichnet werden, um in Kraft zu treten. In der XUAR ist der Volkskongress von Xinjiang die höchste politische Institution. Doch jeder Gesetzesentwurf wird zunächst im Zusammenspiel zwischen dem nationalen und dem regionalen Politbüro der KPCh ausgearbeitet. Erst dann kann die formale Debatte und Verabschiedung im regionalen Volkskongress über die Bühne gehen. Das ist kein Parlament im westlichen Sinn. Es tritt nur zwei Mal im Jahr zusammen und bietet eine Art Show für die Öffentlichkeit. In Wahrheit wird die Politik von der nationalen und regionalen KPCh gesteuert. Es gibt keine echte Autonomie weder in Ostturkestan noch in China insgesamt.

Wer sind nun die Mitglieder des Regionalen Volkskongresses? Müssen alle Mitglieder der Kommunistischen Partei sein?

Dolkun Isa: In einer demokratischen Gesellschaft sollten alle Abgeordneten des Parlaments frei von den Bürgern gewählt werden. Ich habe bis 1994 in Ostturkestan gelebt, bis ich gezwungen wurde, mein Land zu verlassen. Ich habe niemals eine wie immer geartete Wahl des Regionalen Volkskongresses von Xinjiang erlebt. Seine Mitglieder werden gemäß ihrer Linientreue von der KPCh ausgewählt und dann einfach nominiert. In jeder Region und Provinz Chinas gibt es einen regionalen KPCh-Sekretär, dasselbe gilt auch für die Präfekturen, Kreise und Kommunen. Diese Sekretäre sind die Hauptkontrollinstanz der Parteiloyalität.

Wer darf in China für ein politisches Amt kandidieren? Angeblich sind auf kommunaler Ebene auch unabhängige Bürger zur Wahl zugelassen.

Dolkun Isa: Es gibt keine Wahlen, sondern bloß eine Auswahl von Personen durch die Partei und die Nominierung von oben. Von unabhängigen Kandidaten auf kommunaler Ebene habe ich nie gehört, habe niemals etwas von einer Wahlkampagne irgendeines Kandidaten auf keiner Ebene gesehen. Es gibt in China keine echten Wahlen. Dennoch sind einige Delegierte des Nationalen Volkskongresses nicht Mitglieder der KPCh. So waren auch einige Imame als Vertreter ihrer religiösen Gemeinschaften Teil der Delegation von Xinjiang im Nationalen Volkskongress in Peking. Voraussetzung dafür ist natürlich die Anerkennung der absoluten Führungsrolle der Partei.

Gab es im Zeitraum zwischen der Gründung der XUAR 1955 und der Niederschlagung der ersten Massenproteste gegen die chinesische Politik 1988 Zeiten, in welchen die Autonomie von Xinjiang in beschränktem Sinn wirksam war?

Dolkun Isa: Nach Maos Tod 1976 und bis zum Ende der 1980er Jahre gab es Zeichen der Anwendung der Autonomie. Nach der Entfernung der Viererbande trieb Deng Xiao Ping die marktwirtschaftliche Öffnung Chinas voran und öffnete das Land zur restlichen Welt. Schon vor der Präsidentschaft von Hu Yao Bang gab es einige Ansätze von autonomer Politik bis Mitte der 1990er Jahre. Zahlreiche Uiguren wurden aus den Gefängnissen entlassen und erhielten Zugang zu beruflichen und politischen Karrieren. Man konnte frei Moscheen besuchen und Uigurisch war als zweite Landessprache gleichberechtigt und auch in den Schulen als Unterrichtssprache verwendet. Nach Tian An Men 1989 drehte sich der Wind auch für uns Uiguren. Die Rechte der nationalen Minderheiten und der autonomen Regionen wurden stark zurückgeschraubt.

Nach dem 11.9.2001 nutzte China die Terroranschläge und einige Gewaltakte von Widerständlern in Ostturkestan systematisch als Vorwand für die flächendeckende Repression in der XUAR. Doch gab es beim uigurischen Volk jemals eine breite Bewegung für die Selbstbestimmung? Gab es sowas wie eine Befreiungsfront Ostturkestans?

Dolkun Isa: In den 1980er Jahren war der Protest der Uiguren fast immer friedlich verlaufen. Zu meinen Universitätszeiten von 1984 bis 1988 konnten wir uns frei versammeln und diskutieren. Später 1988 organisierten wir eine Kundgebung mit 15-20.000 Teilnehmern, um mehr Autonomie, das Ende der Atombombentest in Lop Nor und das Ende der systematischen Ansiedlung von Han-Chinesen in unserem Land zu fordern. Wir verlangten auch demokratische Wahlen, aber all das in Einklang mit dem Recht des uigurischen Volks auf Autonomie auf der Grundlage der chinesischen Verfassung. 1989 schränkte China den Spielraum für freie Meinungsäußerung scharf ein und entsandte Militär nach Ostturkestan, um diese Demonstrationen niederzuschlagen. Bei diesen ersten Aufständen in den 1990er Jahren kamen 8000 Menschen meist aus der Zivilbevölkerung um Leben. So z.B. 1997 in Ghulja, wo bei friedlichen Demonstrationen für Religionsfreiheit 300 Menschen getötet wurden, wie Amnesty International berichtete. China machte dafür nicht nur angebliche Terrorgruppen verantwortlich, sondern attackierte direkt die Religionsgemeinschaften Ostturkestans.

Wie entwickelt sich die Familienplanung in Xinjiang?

Dolkun Isa: Bis 1984 wurde in Ostturkestan die Ein-Kind-Politik betrieben, wobei für Angehörige der Minderheitenvölker zwei Kinder erlaubt waren. Doch dies wurde sehr restriktiv gehandhabt. Die Familien der nationalen Minderheiten durften zwar ein weiteres Kind bekommen, mussten nach dem ersten Kind aber drei Jahre warten. Die Behörden bestraften nicht nur Familien, die sich damit nicht abfinden wollten, sondern betrieben nachweislich Zwangssterilisierungen, offen und geheim. Kein Wunder, dass einige Büros der Familienplanungsbehörde von verärgerten Menschen angegriffen worden sind.

Gab es Protest auch gegen die kontinuierliche Zuwanderung von Han-Chinesen nach Ostturkestan?

Dolkun Isa: Der Stopp dieses Bevölkerungstransfers von China nach Ostturkestan ist uns Uiguren schon seit 1985 ein wichtiges Anliegen. Die Regierung begründete diese Politik damit, dass die XUAR ein großes Territorium, aber eine geringe Bevölkerung habe und deshalb

zusätzliche Bewohner aufnehmen könne. Damals wie heute galt für uns Minderheiten die 2-Kind-Beschränkung. So antworteten wir: wenn unser Land mehr Bevölkerung braucht, warum erlaubt ihr nicht uns und anderen Minderheiten, größere Familien zu haben? Das empörte die Bevölkerung überaus. Die KPCh betreibt in Ostturkestan eine Politik, die darauf abzielt, die Uiguren im eigenen Land in eine Minderheit zu verwandeln. 1949, als die Rote Armee in Ostturkestan einmarschierte, gab es hier erst 4-5% Han-Chinesen, einschließlich der chinesischen Sicherheitskräfte. Heute besteht laut offiziellen Statistiken die Bevölkerung zu mehr als 40% aus Han-Chinesen. Man weiß, wie wenig zuverlässig chinesische Statistiken sind, doch in diesem Fall tendieren die Daten eher zu einer Unterschätzung der realen Zustände.

Betrachtet man den Umfang der autonomen Zuständigkeiten der XUAR so ist diese Autonomie auf dem Papier ziemlich umfangreich und umfasst auch das Bildungswesen, die Kultur- und Sprachenpolitik, die Hochschule und Forschungseinrichtungen. Ist die uigurische Sprache denn immer noch der chinesischen Sprache als allgemeine Amtssprache Ostturkestans gleichgestellt?

Dolkun Isa: Gemäß chinesischem Gesetz ist Uigurisch immer noch Amtssprache der XUAR. Sogar auf den chinesischen Yuan-Banknoten scheint unsere Sprache zusammen mit den anderen Sprachen der autonomen Regionen auf. Bis zum Beginn der 1990er Jahre war die uigurische Sprache gleichberechtigt mit der Staatssprache und konnte vor allen Behörden und Gerichten verwendet werden. Uiguren hatten sogar das Recht auf einen Dolmetscher, wenn sie des Chinesischen nicht mächtig waren. Seit 1990 ist die Bedeutung des uigurischen Schrift für Schrift beschnitten worden.

Als ich zur Schule ging, wurden die chinesischen Schüler auf Chinesisch unterrichtet, und uigurische Schüler und andere Minderheiten wie die Kasachen und Kirgisen auf Uigurisch. Seit 2006 wird Uigurisch nicht einmal mehr als Unterrichtssprache verwendet, sondern bildet nur ein Schulfach mit wenigen Stunden zwei Mal in der Woche. Sogar im Kindergarten ist das so. An den Universitäten haben uigurische Studenten nun im ersten Jahr nur Chinesisch zu lernen und im eigentlichen Studium ist nur mehr Chinesisch als Lehrsprache erlaubt. Sogar uigurische Professoren müssen jetzt uigurische Studenten auf Chinesisch unterrichten. Das widerspricht selbst dem chinesischen Verfassungsrecht.

Können wir uns eine echte Territorialautonomie im Rahmen eines autoritären Staats mit Einparteien-Herrschaft wie eben in China vorstellen? Die tibetische Exilregierung hat eine „genuine Autonomie“ gefordert, doch ist dies im Rahmen von Chinas politischem System überhaupt möglich??

Dolkun Isa: Die tibetische Exilregierung verlangt eine solche Autonomie auf der Grundlage des Prinzips „Ein Land – Zwei Systeme“. Dieser Vorschlag ist von Peking sofort abgelehnt worden. Wie in Tibet geschehen, hat die Rote Armee auch Ostturkestan erobert und besetzt, obwohl wir eine unabhängige Republik hatten. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist völlig missachtet worden. 1955 hat China die Einführung von Territorialautonomie in Xinjiang erlaubt. Bezüglich des Autonomievorschlags der tibetischen Exilregierung gab es mehrere Treffen zwischen chinesischen Regierungsvertretern und jenen der tibetischen Exilregierung, gemäß der Devise von Deng Xiao Ping „Wir können über alles diskutieren, nur nicht über die Unabhängigkeit.“ Chinas Vertreter trafen die Delegierten des Dalai Lama einige Jahre lang, doch 2006 wurde der ganze Prozess gestoppt.

Warum?

Dolkun Isa: China hat sich seit den 1980er Jahren der Welt und den globalen Märkten geöffnet, seine Wirtschaft ist dank des Exports enorm gewachsen. Damals benötigte es die gute Zusammenarbeit mit dem Westen, vor allem den Technologieimport. Nun ist China zur beinahe größten Wirtschaftsmacht aufgestiegen und braucht die westlichen Industrieländer nicht mehr im selben Ausmaß. So hat China die Maske abgenommen. Auf der anderen Seite ist der Rest der Welt jetzt interessiert, gute Beziehungen zu China zu pflegen, sich den chinesischen Markt offenzuhalten und von chinesischen Investitionen zu profitieren.

Hat Der WUC jemals einen ähnlichen Vorschlag für genuine Autonomie für Ostturkestan vorgelegt? Können Sie sich einen derartigen Kompromiss mit China vorstellen?

Dolkun Isa: Aufgrund der Erfahrungen der Tibeter hat unsere frühere Führung auch einen Dialog mit China gefordert, ausgehend vom Recht auf Selbstbestimmung. Im Europäischen Parlament haben wir 2010 eine große Konferenz zum Thema Selbstbestimmung abgehalten. Dann riefen wir die chinesische Regierung zum Dialog auf, doch hat Peking nie darauf geantwortet. Chinas Linien in Ostturkestan ist sehr klar: volle Assimilation, volle Kontrolle, keine echte Autonomie, über drei Millionen Uiguren in Umerziehungslagern, jede Art von Diskriminierung und Repression der Uiguren. Die offizielle Position des WUC ist die Forderung von Freiheit für das uigurische Volk mit friedlichen, gewaltfreien und demokratischen Mittel, um unsere politische Zukunft als uigurisches Volk frei zu gestalten zu können. Wir haben jegliches Vertrauen in den chinesischen Staat verloren. China hat versprochen, Autonomie zu gewähren, doch hat dieses Versprechen nie wirklich eingelöst. Die sog. XUAR besteht zwar, doch die gesamte Entscheidungsmacht liegt beim Staat und bei der kommunistischen Partei.

Wird China jemals mit dem WUC in Verhandlungen treten?

Dolkun Isa: Wenn die chinesische Führung mit uns ernst gemeinte, ehrliche Verhandlungen führen will, müsste sie zunächst die schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen an Millionen von Uiguren einstellen und die verfassungsmäßigen und internationalen Verpflichtungen zum Minderheitenschutz und Selbstverwaltung einhalten. Bevor dies nicht geschieht, wäre es sinnlos, überhaupt Gespräche zu führen.

Ist die laufende Entwicklung in Hong Kong ein weiterer Beweis dafür, dass das Prinzip „Ein Land – Zwei Systeme“ gar nicht funktioniert?

Dolkun Isa: Die jungen Demokratieaktivisten in Hong Kong haben immer wieder diese Spruchbänder ausgerollt: „Wenn wir heute nicht handeln, werden wir morgen wie Xinjiang leben.“ Doch China kümmert sich nicht darum und hat jetzt das neue Sicherheitsgesetz verabschiedet. Jetzt können wir ohne Zweifel feststellen: sogar in Hong Kong ist Autonomie jetzt Geschichte. Bis Xi Jin Ping an die Macht kam, hatte Hong Kong einige demokratische Institutionen, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, freie Medien und sogar teilweise demokratische Wahlen waren zugelassen. Dann hat Peking Schritt für Schritt seine Einmischung verstärkt. Das Parlament von Hong Kong ist jedenfalls nie völlig frei gewählt worden. Nun zieht China die Schlinge immer enger und kümmert sich nicht mehr so sehr um die internationale öffentliche Meinung.

Haben Sie immer noch Kontakt zu Ihrer Familien in Ostturkestan?

Dolkun Isa: Nein, die meisten Mitglieder meiner Familie werden in Lagern festgehalten, mit Sicherheit meine zwei Brüder. Ich weiß nicht, wie es um meine Schwester steht. Meine Mutter starb vor zwei Jahren in einem Umerziehungslager. Kürzlich habe ich aus einer chinesischen

Zeitung gefahren, dass mein Vater verstorben ist. Er war schon über 80 Jahre alt und konnte die harten Lebensbedingungen in diesen Lagern offensichtlich nicht mehr ertragen. Ich kenne keine Details zu seinem Tod.

Sie leben seit 1996 in Deutschland im Exil, doch jahrelang standen Sie auf der Fahndungsliste der INTERPOL. Aufgrund des Drucks der chinesischen Regierung wurden Sie als „Terrorist“ gesucht. Werden Sie immer von verfolgt?

Dolkun Isa: Ja, und ich reise nicht in Länder, wie aktiv mit China kollaborieren. Dies betrifft die meisten asiatischen Länder, aber auch zahlreiche andere Länder. Ich würde Gefahr laufen, festgenommen und an China ausgeliefert zu werden. Ich werde auch bedroht und erhalte Drohungen aus China, dass meine Verwandten leiden werden und sich nicht mehr sicher fühlen könnten. In den letzten zwanzig Jahren bin ich oft bei öffentlichen Kundgebungen in westlichen Länder und auf Flughäfen aufgehalten worden, wie etwa in Genf, Seoul und sogar einmal in Rom. Die chinesischen Behörden versuchen, unsere Tätigkeiten als WUC zu behindern, wo immer es geht.



Dolkun Isa, 52, ist in Ostturkestan (Xinjiang) geboren und aufgewachsen. Als Universitätsstudent 1984-1988 wurde ihm das Ausmaß der Entrechtung seines Volkes, der Uiguren, bewusst, worauf er sich für mehr Demokratie und Gleichberechtigung engagierte. 1988 organisierte Isa eine große Studentenkundgebung in Urumqi, die von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurde. Isa wurde aus der Universität ausgeschlossen und jahrelang verfolgt. 1994 floh er in die Türkei und beantragte 1996 politisches Asyl in Deutschland. Seit 2006 ist er deutscher Staatsbürger. München, wo er lebt, ist eine Art politisches Zentrum der im Exil in Europa lebenden Uiguren. Nach seiner Ankunft in Deutschland gründete Dolkun den Weltkongress der Uiguren (World Uyghur Congress), den Dachverband von 32 uigurischen Organisationen in 18 Ländern. 2017 wurde Dolkun Isa zum Präsidenten des WUC gewählt.